

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Nouvelles de France. Deutsche Ausgabe. 1947-1948
1947**

556 (23.7.1947)

Nouvelles de France

NACHRICHTENBLATT

DIRECTION
REDACTION
ADMINISTRATION
Marktplatz 4
KONSTANZ
ANZEIGEN:
Agnes Haas
Marktplatz 4
KONSTANZ
und
Hohenzollern

Deutschland und Frankreich im Rahmen des Marshall-Planes

Von Sammy Béracha

NACHDEM nun die diplomatische Einleitung der Arbeiten der europäischen Wirtschaftskommission zur Zusammenarbeit abgeschlossen ist — eine Einleitung, während welcher Frankreich seine internationale Solidarität rühmlich unter Beweis gestellt hat — muß die Ausarbeitung eines Systems der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe in Angriff genommen werden. Obwohl Paris den Eindruck vermittelt, die Grundzüge einer europäischen Wirtschaftskommission, Wirtschaftszusammenarbeit, so muß doch angenommen werden, daß Frankreich seine besondere Aufmerksamkeit über die Art und Weise der Gestaltung und Durchführung hat. Man kann der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit durchaus zustimmen, ohne indessen sich auch über die Modalitäten der Durchführung einig zu sein. Liegt dieser Fall bei Großbritannien und Frankreich vor? Das ist die Frage, die jeder sich bei der Feststellung vorlegt, daß die Teilnahme des aus der Wirtschaftskommission abwesenden Deutschlands durch die hauptsächlichsten Mittelbehalten werden wird.

Die Bedeutung des Falls, den Frankreich im gemeinsamen Wiederaufbau der europäischen Nationen auf sich zu nehmen gedankt, hängt davon ab, welchen Anteil man Deutschland aufbringen wird. Anders ausgedrückt: Die französische Produktion ist Funktion der deutschen. Und eine der hauptsächlichsten Befürchtungen Frankreichs ist, daß die Folgen des Marshall-Planes indirekt dazu führen, die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen.

Stellen wir fest: Die Harvard-Rede forderte Europa auf, einen Plan vorzubereiten, der die gemeinsamen Ressourcen aller Länder auszunutzen, die an dem Plan beteiligt sind. So wird angenommen, daß sich die von den Vereinigten Staaten geforderte Hilfe auf ein Minimum reduzieren läßt. Nun aber ist gerade das beträchtliche Industriepotential Deutschlands eine der wichtigsten dieser Hilfsquellen. Wird das in Harvard aufgestellte Prinzip nicht teilweise durch die Fiktion, sich zugunsten des deutschen Industriepotentials auszuwirken?

Jedoch in Yalta wie in Potsdam war die Verminderung des deutschen Kriegspotentials eine der Hauptbedingungen der deutschen Abrüstung. Wie können die gegenseitlichen Absichten von Potsdam und Harvard miteinander in Einklang gebracht werden? Dieses Problem vor allem wird zu einer Lösung gebracht werden müssen, die für die französische Wirtschaft schließlich nicht schädlich ist.

Unabhängig auch von der Frage, ob die französische Zone Deutschlands der britisch-amerikanischen Zone angeschlossen werden soll oder nicht, können die anglo-amerikanischen Verbündeten die Zweiteilung Deutschlands herbeiführen, um sich der Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens zu entledigen und um ihren Anteil zum Wiederaufbau beizubringen. Hier wird der französische Standpunkt in Erscheinung treten.

Es bestehen zwei Möglichkeiten, das deutsche Industriepotential vollkommen auszunutzen: die erste ist, es an Ort und Stelle zu verwerfen, die zweite, es zum größten Teil abzubauen, um seine Verwendung in anderen Ländern zu ermöglichen. Frankreich sollte als Reparationen eine gewisse Anzahl von ganzen deutschen Fabriken erhalten. Jedoch ist die Durchführung der Vereinbarungen über die Reparationsleistungen aufgeschoben, und die Amerikaner scheinen die gegenwärtige diplomatische Lage dahingehend auszulegen, daß sie sich von ihren früheren Verpflichtungen lösen und die Zukunft der deutschen Wirtschaft neu aufrollen. Das ist außerordentlich schwerwiegend, wenn man sich auf den Standpunkt der französischen Wirtschaft stellt, die heute vor allem darum besorgt ist, sich

LA SITUATION POLITIQUE SALAIRES ET PRIX problème N° 1

LA Confédération générale des cadres, après la C.G.T. et la C.F.T.C., a amorcé hier les entretiens qu'elle mènera avec le patronat.

Un communiqué a précisé, à l'issue de cette rencontre, les principes généraux de l'accord préliminaire et les thèmes de discussion à venir. Ainsi donc, aux négociations qui mènent parallèlement le Conseil national du patronat français avec les représentants des salariés de toutes catégories, un seul fauteuil reste vide, celui de la Confédération générale de l'agriculture. L'absence du gouvernement était, la semaine dernière, très remarquée, mais elle semble

maintenant, sur le point d'être réparée.

Cependant, ce n'est pas aujourd'hui mais vraisemblablement demain que commencent à l'hôtel Matignon les consultations du président du Conseil. Il recevra les chefs d'entreprises et son entourage avec le bureau de la C.G.T. se déroulerait vendredi matin.

Quel est le but de ce contact? Il s'agit tout d'abord pour M. Paul Ramadier d'être tenu exactement au courant de l'état des conversations. On peut penser en outre qu'il indiquera à ses interlocuteurs, le pourcentage de majoration des salaires que le gouvernement juge compatible avec la situation de l'économie française.

Ce maximum serait, croit-on savoir de bonne source, très voisin de 10 % de la masse globale actuelle.

Cette façon de procéder qui paraît avoir adopté le chef du gouvernement, présente pour lui un triple avantage. N'étant pas présent aux discussions, l'Etat ne portera en aucune façon la responsabilité des conclusions auxquelles elles aboutiront. Puis, il reste pour l'instant en posture d'arbitre et se garde donc, en cas de désaccord, la possibilité d'un appel à une autorité plus haute. Enfin, il écarte, en se tenant exactement et complètement informé, de se voir, en fin de compte, présenter des solutions qu'il ne pourrait réaliser, ce qui ne manquerait pas de tout remettre en question.

Aux difficultés que soulève actuellement le seul problème des salaires, doit venir s'ajouter sous peu les divergences sur la fixation des prix. La C.G.T. a réaffirmé hier avec force sa position à ce sujet.

Mais s'il est vraisemblable que l'augmentation des salaires aura sur eux quelque influence, il n'en reste pas moins que le niveau actuel des prix peut et doit être maintenu.

Die Pariser Wirtschafts-Konferenz Ein europäischer Währungsplan der Benelux

Die belgisch-niederländisch-luxemburgische Zollunion (BENELUX) hat einen europäischen Währungsplan ausgearbeitet, der die Konvertierbarkeit der Währungen europäischer Länder untereinander ermöglichen und dazu beitragen soll, die europäische Wirtschaft anzukurbeln. Der Plan, der bisher in Brüssel und Den Haag beraten wurde, liegt seit Montag zur Durchberatung auf der Pariser Wirtschaftskonferenz vor.

Zur Sicherung der Konvertierbarkeit sieht der Plan der BENELUX einen Dollarfond vor, der mit Hilfe der USA eingerichtet werden soll, um etwaige Außenhandelsdefizite auszugleichen. Fachleute der BENELUX glauben, eine solche „Internationalisierung der Währungen“ werde durch den gegenseitigen Ausgleich der Außenhandelsdefizite den Dollarbedarf vermindern.

Die Dollarbeiträge, die von dem Fonds den einzelnen Ländern zur Verfügung gestellt werden, um Defizite zu decken, könnten von diesen für Einkäufe in den Vereinigten Staaten verwendet werden. Es wird angenommen, daß die hierfür notwendige Gesamtsumme geringer sein wird, als bei Beibehaltung der augenblicklichen zweiseitigen Handelsverträge.

Von Seiten der skandinavischen Länder wird Widerstand gegen diesen Währungsplan erwartet, weil diese Länder eine Auswertung des mehrseitigen Handels bisher abgelehnt haben.

Die technischen Komitees bei der Arbeit

Die technischen Komitees der Pariser Wirtschaftskonferenz begannen am Montag ihre Arbeit mit der Aufstellung eines Berichtes über den Bedarf und die Hilfsquellen der europäischen Länder. Dieser Arbeit der Komitees liegen Direktiven des Kooperationsausschusses zugrunde, die 12 Hauptpunkte umfassen, darunter eine Analyse der für den Wiederaufbau Europas bereits vorgesehenen Maßnahmen.

Der technische Ausschuss für

Transportfragen wurde in zwei Unterausschüsse aufgeteilt, einem für Land- und dem anderen für Wassertransportfragen. Ernesto Ballarín-Schweiz, wurde zum Präsidenten des Transportausschusses gewählt.

Der Kooperationsausschuss der Pariser Konferenz ernannte zum Vorsitzenden des Eisen- und Stahlkomitees M. E. Ackroyd-Großbritannien. Sie ist die einzige Frau unter den Sachverständigen. Der Posten des stellvertretenden Vorsitzenden wurde von einem Mitglied der türkischen Delegation besetzt.

Zum Vorsitzenden des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft wurde der irische Vertreter Timothy O'Connell ernannt. Stellvertreter wurden A. P. Jacobsen-Schweden und N. Christodoulou-Griechenland gewählt.

Der belgische Vertreter Marcel Hoyse wurde zum Präsidenten, und der Schwede A. Hammenkjöld zum Vizepräsidenten des Ausschusses für Brennstoffe und Kraftverwertung gewählt.

Harriman: Kein Vorrang Deutschlands im Rahmen des Marshall-Planes

Der amerikanische Handelsminister Harriman, der kürzlich von einer Reise durch Europa zurückgekehrt ist, erklärte am Montag in Washington, es bestehe nicht die

(FORTSETZUNG SEITE 4)

Le relèvement de la production de la Ruhr

Rapprochement des vues françaises ET BRITANNIQUES

A Londres et à Washington, c'est toujours l'éventualité de conversations anglo-américaines sur la Ruhr qui suscite le plus d'activité de la part des ministères des Affaires étrangères et des ambassadeurs.

C'est ainsi que lundi, à Londres, M. Bevin a reçu successivement, l'après-midi, M. Lewis Douglas, ambassadeur des Etats-Unis et M. Mansgill, ambassadeur de France, tandis qu'à Washington, M. Marshall, recevait dans la soirée, M. Storni Bonnet, et conférait avec les leaders du Congrès.

M. BEVIN DEFENSEUR DU POINT DE VUE FRANÇAIS

Les milieux britanniques observent la plus grande réserve sur le tonner de l'entretien de MM. Bevin et Douglas.

Il y a tout lieu de croire cependant que cet entretien a eu pour objet essentiel le niveau de l'industrie allemande. Selon des informations de bonne source, M. Bevin aurait déclaré aux représentants américains que la question de la Ruhr n'était pas une affaire exclusive-

ment anglo-américaine, mais qu'elle impliquait en même temps Paris, Londres et Washington. Le ministre britannique aurait ajouté que les idées mises en avant par les hommes d'Etat américains et leurs représentants en Allemagne avaient eu pour premier effet de rapprocher les vues anglaises et françaises.

En d'autres termes, M. Bevin se recueillait dans une grande mesure le dévouement de la France française.

Il aurait été vainement tenté que, si elles étaient adoptées telles quelles, certaines des mesures présentées par les Etats-Unis entraîneraient de graves dangers pour la sécurité militaire et industrielle de la Grande-Bretagne et de la France et risqueraient par là d'avoir de graves répercussions sur l'équilibre politique et économique de l'Europe.

NOTE DU QUAI D'ORSAY

Il est noté que M. Mansgill, reçu à son tour par M. Bevin, a pu se féliciter de l'écho favorable trouvé chez le ministre britannique. Il est certain, en tout cas, que la représentation de la France a répondu aux fins de plus en plus de vue de son gouvernement. Dans les milieux bien informés, on révéla même lundi soir que le ministre français des Affaires étrangères avait adressé au Foreign Office une note exprimant les vives inquiétudes que lui causait la fixation du niveau de la production allemande à un chiffre supérieur à celui prévu par les accords de Potsdam.

Ce sont ces inquiétudes identiques qu'a fait valoir M. Henri Bonnet à Washington, au cours de son entretien avec le secrétaire d'Etat américain, M. Marshall.

SUITE EN PAGE 3

Tragique accident d'aviation en Argentine Plus de 30 morts

BUENOS-AIRES. — Un avion militaire du type D.C.4 s'est écrasé en flamme, à l'aérodrome de Palermo au moment où il décollait.

Un communiqué officiel déclare qu'une partie de l'équipage et une trentaine de passagers, ainsi que des spectateurs qui suivaient la manœuvre ont été tués, d'autres assistants en ont été blessés.

Le communiqué ne donne pas le chiffre exact des victimes. Le président Peron et le ministre de la Guerre se sont rendus sur les lieux.

NOKRACHI PACHA est arrivé à New-York

NEW-YORK. — Le premier ministre d'Egypte, Nokrachi pacha, qui a quitté Le Caire lundi par avion à destination des Etats-Unis, est arrivé à New-York où il doit défendre personnellement la cause de son pays devant l'O.N.U. Commentant l'évolution éventuelle du différend anglo-égyptien, le journal « Al-Kolha » écrit qu'il faut se préparer en cas d'échec — échec qu'il estime probable — de l'arbitrage de l'O.N.U.

Frankreich und seine Kriegsgelangenen Das Studienzentrum von St. Denis

IN der Nähe der alten Königsstadt St. Denis sind deutsche Offiziere, Kriegsgelangene, in einer alten Kaserne im Vaubanischen Festungs-Stil untergebracht. Außerlich unterscheidet sich dieses Kriegsgelangenelager nicht von anderen Kriegsgelangenelagern. Es ist von Stacheldraht umgeben und von Posten überwacht. Die vier Offiziere sind nach ihren Sympathien und ohne Rangunterschied in geräumigen Zimmern untergebracht, die mit dem notwendigen Mobiliar sind. Es gibt eine Kantine und einen Sportplatz. Deutsche Köche bereiten die 2000 Kalorien zu, die die Rationen der Intendantur enthalten und zu denen einige zusätzliche Rationen vom Roten Kreuz und der YMCA hinzukommen. Die Hygiene herrscht. Im Grunde ist es das älteste Lager gemeinsame Regime, und wir verstehen sehr gut, daß die Offiziere, die wir während unseres Besuchs sahen, diesen Punkt unterstreichen, um für sich selbst, für ihre Kameraden und für die französischen Behörden darzutun, daß sie nicht durch eine materielle Verbesserung der Lebenshaltung, sondern allein durch den Wunsch dorthin geführt wurden, durch Kontakte, die ihnen von außen verschafft wurden, eine neue geistige Orientierung zu suchen und zu finden.

Denn das Lager von St. Denis ist ein Studienzentrum, das Oberst Fertus, der Direktor für das Kriegsgelangenenenwesen in der Pariser Gegend ausgedacht und organisiert hat.

Er ging dabei von der Tatsache aus, daß die Gefangenschaft für viele Offiziere eine heilsame Schule der Ueberlegung bedeutet, und hatte die Idee, einige Leute mit geistiger Bildung zu versammeln, um sie in eine Atmosphäre vollkommener geistiger Freiheit zu stellen und ihnen die Mittel zu bieten, ihre Gedanken, ihre Auffassungen, und besonders nationalsozialistische Weltanschauung den französischen, europäischen und universalen Auffassungen und dem Humanismus gegenüberzustellen.

Vierundzwanzig Offiziere versammelten sich: Preußen, Bayern, Sachsen, Rheinländer usw. Alle sind Berufsoffiziere. Sie sind soeben eingetroffen und ihnen folgt eine gleichgroße Zahl von Reserveoffizieren, Professoren, Rechtsanwälten, Journalisten, Ingenieuren, Studenten, die nach einem Aufenthalt von sechs Monaten im Studienzentrum entlassen werden. Einige der letzteren teilen nicht das Los ihrer Kameraden. Das ist nur ein Aufschub, und sie stellen die Verbindung zwischen den beiden Gruppen her.

„Sie leben wie in einer Republik“, sagt Oberst Fertus gern. Wir konnten eine darüber Rechenschaft geben, daß dies nicht etwa ein scheinbarer Einfall war. Im Innern des Lagers herrscht Freiheit. Kein Stundenplan ist festgelegt. Der Radioparappat ermöglicht, alle Sender der Welt zu hören, die wichtigsten Zeitungen, die Wochenschriften, die großen französischen, deutschen, englisch-

schen, schweizerischen Revuen stehen den „Schülern“ ebenso zur Verfügung wie eine Bibliothek von 2000 Bänden, in der ein von deutschen Verlegern nicht veröffentlichter Tacitus neben Molière, P. GRIZAUD.

(FORTSETZUNG SEITE 4)

LA SITUATION EN INDONESIE PENDANT QUE LES COMBATS FONT RAGE la Grande-Bretagne offre toujours sa médiation

BATAVIA. — Une nation a décidé d'asservir par la force des armes la République indonésienne. Au moment précis où la Grande-Bretagne accorde la liberté à l'Inde les Hollandais se lancent dans une guerre coloniale. Mais l'Indonésie est désormais un pays libre qui ne reconnaît plus jamais un autre gouvernement que celui qu'elle s'est librement donné. « Il nous est impossible maintenant d'enlever de nos cœurs la haine qu'a provoquée en nous l'attaque des Hollandais ».

C'est en ces termes que le premier ministre Charfoeddin a invité son peuple à lutter de toutes ses forces contre les troupes hollandaises. De son côté, le président Soekarno a lancé un appel similaire aux populations de l'archipel indonésien.

De même, le général Spoor, commandant en chef des forces

néerlandaises, a demandé à ses troupes de faire tout leur devoir pour répondre aux Indonésiens qui ont violé les accords de Linggadjati à plusieurs reprises.

Le premier communiqué militaire hollandais confirme que les aérodromes indonésiens de Java et de Sumatra ont été attaqués « en raison de la présence d'avions militaires républicains sur ces aérodromes ».

L'état-major hollandais assure dans ce communiqué que la population civile et les objectifs non militaires seront épargnés. Il ajoute que les bâtiments publics de Batavia ont été occupés « afin d'empêcher les actes de sabotage ».

D'autre part, des tracts adressés à la population civile et aux troupes indonésiennes ont été lâchés par l'aviation hollandaise sur les

SUITE EN PAGE 3

Mme Eva Peron sera l'hôte du président Vincent Auriol

PARIS. — Venant de Lisbonne, à bord d'un avion argentin, Mme Eva Peron, femme du président de la République Argentine, est arrivée lundi après-midi à Paris. Elle a été saluée par MM. Georges Bidault, ministre des Affaires étrangères, Duménil, chef du protocole, Victoria Roca, ambassadeur d'Argentine en France, et les représentants diplomatiques des pays latino-américains accrédités en France, dont le délégué du gouvernement espagnol.

A sa descente d'avion, Mme Peron a fait une courte déclaration pour exprimer sa satisfaction de se trouver à Paris, « la capitale d'un pays qu'une amitié traditionnelle a toujours lié à l'Argentine ».

Au cours de son bref séjour en France, la femme du président argentin se rendra à Hambouillet où elle sera l'hôte de M. Vincent Auriol.

Mardi soir, elle dînera au Quai d'Orsay et assistera à la signature du traité commercial franco-argentin.

Dans un communiqué commun, la C.G.T., le parti communiste français, la Ligue internationale des femmes pour la paix et la liberté, et un certain nombre d'autres associations ont demandé au gouvernement de l'abstention de toute réception officielle à l'égard de Mme Peron « qui vient de recevoir les honneurs du gouvernement français ».

Deutsche Inhaltsübersicht

- Seite 1
Sammy Béracha: Deutschland und Frankreich im Rahmen des Marshall-Planes (Schluß Seite 4)
Frankreich und seine Kriegsgelangenen (Schluß Seite 4)
Die Pariser Wirtschaftskonferenz (Schluß Seite 4)
- Seite 2
Frankreichs Presse schreibt: Paul Claudel: Das Auge hat
- Seite 3
Kämpferischer Geist: Das Ausland schreibt
- Seite 4
Nachrichten aus dem Ausland
Seite 5
Nachrichten aus Deutschland
Sozialpolitische Umschau
Französische Radiotexte
Programme
Deutsche Pressenotizen
Britische Zone

LE BUDGET des ministères d'armes

PARIS. — Un second Conseil interministériel s'est tenu dans la soirée à l'hôtel Matignon, sous la présidence de M. Ramadier. Ses travaux ont été consacrés à l'étude du budget des différents ministères d'armes.

L'Assemblée nationale vote le budget des Anciens Combattants

Après avoir adopté le budget de la Reconstruction, c'est celui des Anciens Combattants qu'a discuté au cours de sa dernière séance, l'Assemblée nationale, présidée par Mme Peyrolas.

LES INVALIDES M. Pieven demande à M. Mitterrand de préciser la position du gouvernement à l'égard de la reconnaissance de la « qualité de combattant ».

Informations politiques

M. RAMADIER PARLERA LE 10 AOUT A CLAIRAC AGEN — M. Paul Ramadier, président du Conseil, présidera le 10 août à Clairac la fête annuelle de la fédération départementale du parti socialiste.

Le général de Langlade est nommé commandant de l'Ecole de Saumur

PARIS. — Le général de Langlade, gouverneur militaire de Strasbourg, a été nommé commandant de l'Ecole de Saumur. Ce poste était sans titulaire depuis le départ du général Duroy au Maroc.

50.000 PERSONNES AU 100e CARROUSEL DE GALA

Le 100e carrousel de gala de l'Ecole de cavalerie de Saumur s'est déroulé devant plus de 50.000 personnes. M. Coste-Floret, ministre de la Guerre, a remis les insignes de grand officier de la Légion d'honneur, au général Mi-quel, inspecteur général de la cavalerie, et la médaille de la Résistance à Mme de Beaufort, femme du colonel commandant l'école.

Après-midi, le congrès a adopté une série de vœux et de motions, demandant notamment que les fonds destinés aux centres prématernels soient mis à la disposition des centres de culture populaire. Le discours de clôture du congrès a été prononcé par M. Auger, secrétaire général du syndicat. La séance a été levée au chant de l'Internationale.

LA CONFERENCE INTERMINISTRIELLE TRAITA LES PROBLEMES ECONOMIQUES NORD-AFRICAINS

La conférence interministérielle qui s'est tenue hier après-midi, sous la présidence de M. Ramadier, fut suivie aux réunions périodiques que tenait autrefois le comité de l'Afrique du Nord récemment dissous.

Le général Juin, résident général de France au Maroc, a fait part des réactions généralement satisfaites au Maroc par la première série de réformes décidées en accord avec S. M. le sultan.

Le gouverneur général Chataignou, de son côté, a signalé l'atmosphère de calme qui règne en Algérie à la veille de la discussion du projet de statut par l'Assemblée.

Les problèmes économiques d'Afrique du Nord, solidaires de ceux de la métropole, ont été évoqués en fonction des éventualités futures. Une seconde réunion se tiendra demain matin.

LES EMPLOIS RESERVEES M. Pieven demande des précisions sur les pensions des veuves de guerre et demande pourquoi des emplois ne sont pas réservés à la S.N.C.F. au Gaz et Electricité de France. Il fait remarquer qu'une femme dont le mari est mort en Indochine touche 1.500 francs par mois.

LES VEUVES DE GUERRE On entend ensuite divers orateurs, notamment M. Temple (rép. ind. - Aveyron) et Mouton (com.) qui réclament l'attribution de la carte de combattant aux prisonniers de guerre; Mme Port (com.), qui évoque longuement la situation douloureuse des veuves de guerre; M. Hamani Diori qui demande un traitement égal pour les pensionnées autochtones d'outre-mer et ceux de la métropole; Mlle Weber (M.R.P. - Haut-Rhin) attire l'attention du gouvernement sur le sort des nombreuses victimes de la guerre des départements de l'Est et demande au ministre de multiplier ses efforts pour obtenir le rapatriement des Alsaciens et des Lorrains non encore rentrés dans leurs foyers.

Après l'intervention de M. Mitterrand, l'Assemblée nationale vote l'ensemble du budget du ministère des Anciens Combattants.

A 3 h. 30 du matin, l'ensemble des différents chapitres était voté.

Réunion à Paris des comités anglais et français pour l'Europe unie

PARIS. — Les comités anglais et français pour l'Europe unie viennent de tenir à Paris leur deuxième réunion commune. Après avoir constaté l'identité de leurs vues et la nécessité pour l'Angleterre et la France d'être les pionniers de l'Europe unie, les deux comités ont émis le vœu que les pays européens ne se bornent pas à attendre le plan Marshall une aide américaine, mais qu'ils créent dès maintenant des organismes techniques permanents pour constituer la première ossature d'un continent unifié.

Ils ont également décidé de désigner deux sous-commissions mixtes: l'une consacrée à la propagande, l'autre à l'étude des différents problèmes politiques et notamment du problème allemand.

D'autre part, à la suite de ces manifestations franco-britanniques un communiqué a été publié qui déclare notamment:

« Devant la situation où se trouve l'Europe, les quatre groupements suivants: Ligue indépendante de coopération européenne, Groupement de l'Europe unie, Union européenne des fédéralistes et Union parlementaire européenne ont décidé de coordonner leurs efforts; un comité de liaison a été créé qui a décidé de lancer un appel à tous les Parlements de l'Europe pour les engager à participer au congrès de l'Union parlementaire européenne qui se tiendra à Gstaad (Suisse) du 8 au 10 septembre 1947.

« Devant la situation où se trouve l'Europe, les quatre groupements suivants: Ligue indépendante de coopération européenne, Groupement de l'Europe unie, Union européenne des fédéralistes et Union parlementaire européenne ont décidé de coordonner leurs efforts; un comité de liaison a été créé qui a décidé de lancer un appel à tous les Parlements de l'Europe pour les engager à participer au congrès de l'Union parlementaire européenne qui se tiendra à Gstaad (Suisse) du 8 au 10 septembre 1947.

Permettra-t-on la greffe de la corneé ?

PARIS. — M. Segalle et les membres du groupe socialiste ont déposé une proposition de résolution demandant certaines modifications à la législation afin de faciliter la pratique de la kératoplastie.

Cette-ci consiste à greffer la corneé des aveugles avec un greffon prélevé sur l'œil d'un homme mort depuis quelques heures à peine. Cette opération, qui permet de rendre la vue aux aveugles, est entravée par la législation qui interdit l'autopsie moins de 24 heures après le décès.

M. WASHINGTON. — M. Benjamin Cohen, conseiller du département d'Etat à l'égard de l'Algérie, a été reçu par M. Charles Bohlen, un des experts des questions russes du département d'Etat.

L'opinion américaine APRES LE DISCOURS DE M. RAMADIER...

WASHINGTON. — Dans les milieux officiels de la capitale américaine, on rappelle, à propos des déclarations de M. Ramadier sur la nécessité de faire tous les efforts pour obtenir une coopération économique soviétique, la dernière déclaration officielle américaine, ce sujet: celle de M. Norman Armour, sous-secrétaire d'Etat, dans une lettre adressée aux Etats-Unis pendant que plus de 500 autres participaient aux travaux de la conférence de Paris, plus il y avait de chances que les efforts ainsi faits fussent couronnés de succès.

Dans les mêmes milieux, on ajoute que le secrétaire du Conseil français, lorsque l'Assemblée nationale a voté la loi de coopération européenne de l'U.R.S.S. et restait fidèle à la tradition française de toujours tout tenter en faveur d'une conciliation.

On pense également que les paroles de M. Ramadier ont un grand écho en ce qui concerne l'Allemagne et en y voit une nouvelle preuve de la fermeté de la position française, ce qui vient appuyer le démarche que M. Bonnet, ambassadeur de France, a accomplie en deux temps: son entretien de vendredi avec M. Robert Lovett, sous-secrétaire d'Etat, et sa visite à M. Marshall, lundi précédent.

On ne prévoit pas toutefois, à Washington, que l'U.R.S.S. modifie sa position et certains commentateurs américains émettent l'opinion que les déclarations de M. Ramadier ont été justifiées, dans une certaine mesure, par des attaques et des critiques soviétiques dirigées contre l'effort des nations de l'Europe occidentale.

Nomination du premier ministre tunisien

TUNIS. — Hier soir le bey de Tunis a fait passer auprès de lui, Me Mustapha Kasak récemment élu bâtonnier de l'ordre des avocats, et lui a confié les fonctions de premier ministre.

Cet investissement se situe dans le cadre des réformes que la France vient d'entreprendre en Tunisie tendant à donner aux Tunisiens une part plus grande dans la gestion économique et politique de la régence.

Le premier ministre n'aura pas toutefois la faculté de constituer lui-même son équipe ministérielle, le bey se réservant en effet le droit de nommer les autres titulaires sur la proposition du résident général de France.

Cet événement doit toutefois être considéré comme un premier pas vers une évolution politique du protectorat, dans laquelle on voit la preuve que la France poursuit — comme d'ailleurs en Algérie et au Maroc — des buts humanitaires et démocratiques.

la France ne brève pas. D'ailleurs la politique sur le principe d'une participation de l'U.R.S.S. est indifférente à la reconstruction européenne, puisque, dit-on, ce sont les Soviétiques qui ont le plus de participer aux travaux de la conférence de Paris.

On ajoute que si la France et la Grande-Bretagne obtiennent maintenant une telle participation, à la suite d'une « conciliation totale », sur le point de vue de l'U.R.S.S., il faudrait s'attendre à ce que, de leur côté, les Etats-Unis modifient également le contenu de leur offre d'aide, laquelle ne demeure, à présent, soumise qu'à une condition: que l'Europe établisse elle-même un plan viable et réalisable.

...ET LES ENTRETIENS BONNET-MARSHALL

WASHINGTON. — Les milieux diplomatiques américains ont enregistré avec une grande satisfaction l'optimisme exprimé par M. Bonnet, en ce qui concerne l'entretien de M. Bonnet, ambassadeur de France, et M. Marshall, à ce sujet: « Il est évident que la France, la Grande-Bretagne et les Etats-Unis auront trouvé une solution satisfaisante aux problèmes allemands liés à la conférence de Paris.

Ces mêmes milieux ajoutent que le secrétaire d'Etat a certainement rassuré l'ambassadeur de France sur les intentions américaines concernant la production de l'Allemagne et en particulier celle de la Ruhr. D'après eux, une fois les accords conclus à Paris, à Washington et à Londres, elle permettra l'incorporation des ressources allemandes dans les plans de reconstruction de l'Europe.

Les milieux diplomatiques de Washington expriment toutefois la vue que l'attitude française ne mette pas en danger le plan Marshall.

Cette observation s'accompagne toujours des arguments, avancés depuis longtemps aux Etats-Unis, sur la nécessité de relever le niveau de la production de l'acier en Allemagne, ce qui est de nature à augmenter l'accroissement indirect de la production de charbon, grâce à la fabrication de l'acier, des mines et du matériel de transport.

Les observateurs américains soulignent donc que cette question sera réglée par un compromis plutôt que par l'acceptation totale de la base française par le gouvernement de Washington. Les cercles officiels précisent, quant à eux, observer une réserve complète sur ce sujet.

PARIS. — Le conseil municipal de Paris a reçu à l'hôtel de Ville les congressistes de la Fédération internationale féminine des carrières libérales et commerciales.

TOULOUSE. — Devant le refus d'appel de Toulouse a été évacuée la gare internationale de Toulouse, ce qui a entraîné le départ de Toulouse. La cour a renvoyé son arrêt à juillet.

nière heure... dernière heure... dernière heure... den

LA JOURNEE A PARIS

LES DELIBERATIONS GOUVERNEMENTALES de la journée d'hier ont porté sur deux problèmes: la situation en Afrique du Nord et crédits militaires. Elles se poursuivront sur ces deux thèmes jusqu'à l'ouverture des débats de l'Assemblée sur le statut de l'Algérie et les budgets des ministères d'armes. Dès aujourd'hui, elles occupent les leaders des journaux et l'important même parole sur les décors dominicaux et les événements internationaux.

LE STATUT DE L'ALGERIE Il n'a pas fallu moins de dix heures pour l'examen du seul budget des Anciens Combattants. C'est l'Education nationale qui, aujourd'hui, au Palais-Bourbon, est sur la sellette.

Depuis, le projet gouvernemental du statut de l'Algérie a été déposé et on sait que le cabinet entend le voir examiner avant la fin de l'actuelle session parlementaire.

L'accueil fait, dès sa publication, à ce texte dans la presse de ce matin fait présager un débat animé, tandis que M. Vialat, député R.P. d'Alger, déclare au « Figaro »: « Ce projet n'est ni audacieux ni constructif. Il manque de courage et par là même, il est dangereux ». On lit dans l'« Humanité », qui annonce pour demain l'analyse complète des dispositions du statut: « Il est loin de correspondre aux aspirations démocratiques des populations algériennes ».

LES CREDITS DE LA DEFENSE NATIONALE Quant aux consultations gouvernementales sur l'organisation et les crédits de la Défense nationale, elles n'ont pu, hier soir, aboutir à des conclusions suffisantes; et les entretiens poursuivront incessamment leur cours.

AU CONSEIL DE LA REPUBLIQUE Le président du Conseil, qui assistait, en outre, au déjeuner offert par le président de la République en l'honneur de Mme Peron, a été présent tout l'après-midi à la séance que le Conseil de la République a consacré à la discussion d'une proposition de M. Salomon Grumbach sur la zone française d'occupation, et il est probable que, dans la soirée, un Conseil de cabinet préparera le Conseil des ministres de demain, convoqué pour la première fois au château de Rambouillet, où séjourne M. Vincent Auriol.

LES ENTRETIENS ECONOMIQUES DE M. RAMADIER Enfin, la journée ne se passera sans doute pas sans que soient fixées les dates des audiences des représentants du patronat, de la C. G. T. et des cadres à la présidence du Conseil. Les trois sous-commissions désignées hier par la commission économique poursuivront toute la journée leurs travaux.

L'EXPOSITION INTERNATIONALE DE L'URBANISME Paris, où sévit la crise du logement, s'intéresse à l'exposition internationale de l'urbanisme qui occupe actuellement le Grand Palais tout entier et s'étend sur le Courcy-la-Reine. Des graphiques d'abord, beau-

coup de graphiques, nous apprennent que dans notre pays, 40 % des maisons sont centenaires, que 45 % ont un âge moyen de 57 ans et que 13 % seulement sont en pleine jeunesse, et puis aussi que si 500.000 familles ont retrouvé un foyer qui, le plus souvent, n'est que provisoire, des milliers sont candidates à un appartement.

Après cette entrée en matière qui nous met, si l'on peut dire, « dans le bain », les organisateurs nous présentent des maquettes « de maisons de l'avenir ». La maison future sera, si l'on en croit les architectes, bâtie loin de toute agglomération malsaine et nos arrière-petits-neveux y respireront parfaitement à l'aise dans un décor de verdure et de pièces d'eau.

Sur le Courcy-la-Reine, des maisons préfabriquées prêtes à être emportées nous font rêver de confort moderne. Celle que la Suède a édifiée montre une cuisine-salle à manger dotée de tous les appareils sanitaires modernes. Dans la chambre des enfants il y a jusqu'à des jouets qui décalquent l'entousiasme des petits.

Enfin, dans une présentation parfaite, sont exposés les procédés d'utilisation des matériaux: la pierre, le verre et naturellement les matières plastiques, nouvelles venues, permettant de faire une maison en quelques semaines.

Seulement, hélas! tout cela coûte et nous sommes pauvres d'argent.

NEGOCIATIONS franco-tchecoslovaques PRAGUE. — L'agresseur Reuter demande de Prague que les parties que les gouvernements français et tchecoslovaque se proposent de ratifier sous peu ne soient véritablement sans effet avant la fin de l'été. Ce délai semble être dû aux difficultés qui seraient survenues au sujet de l'aide matérielle que ces deux pays seraient disposés à se prêter, en cas d'une nou-

velle agression, ainsi qu'un sujet de la rédaction des textes.

Le correspondant de Reuter demande que la décision tchecoslovaque est en faveur d'alliances aussi générales que possible, semblables à celles déjà conclues avec la Russie, la Pologne, la Yougoslavie, contrairement au point de vue du gouvernement français qui recherche des alliances plus restreintes.

Le roi George VI passe en revue plus de cent unités de la Home Fleet

LONDRES. — Le roi George VI accompagné de la reine, des princesesse Elizabeth et Margaret Rose, du lieutenant Philip Mountbatten, de M. et Mme Attlee, a passé mardi en revue plus de cent unités de la Home Fleet, rassemblées sur la Clyde, où en rang de huit, elles s'alignent sur près de douze kilomètres.

Procès d'un ancien diplomate italien

ROME. — L'ancien ministre plénipotentiaire Paolo Corleo va comparaitre devant la cour d'assises spéciale de Rome. Il est accusé d'avoir collaboré avec le chef de la police fasciste et l'organisation d'actions criminelles pouvant entrainer l'Italie dans une guerre, et notamment de l'assassinat du roi Alexandre de Yougoslavie et de M. Barthou.

Corleo avait déjà été condamné à quinze ans de réclusion par la Haute Cour de justice, mais la Cour de cassation avait annulé cette sentence et renvoyé le procès aux assises de Rome.

GREVE des mécaniciens de la Southern Pacific aux U.S.A. SAN FRANCISCO. — Cinq cents mécaniciens de la Cia Southern

Pacific se sont mis en grève lundi soir, les négociations entre le syndicat de la compagnie et le gouvernement ayant échoué.

Le trafic ferroviaire de l'ouest des Etats-Unis se trouve ainsi paralysé sur plus de 12.000 kilomètres, au moment où des quantités de marchandises périssables attendent leur transport vers l'est.

Les travaux forcés à perpétuité pour l'ancien commandant des troupes japonaises de Hong-Kong

NANKIN. — Le lieutenant général Sogai, surnommé le « Tigre de Hong-Kong », ancien commandant en chef des troupes d'occupation japonaises à Hong-Kong, a été condamné aux travaux forcés à perpétuité pour avoir ordonné la déportation de civils britanniques. Toutefois, les circonstances atténuantes lui ont été accordées, en raison de la pénurie de vivres qui sévissait alors dans la ville.

Collision entre deux avions de chasse aux Etats-Unis

ELTORO. — Deux avions de chasse de la base d'El Toro (U.S.A.), sont entrés en collision lundi soir. Un des pilotes a été tué, l'autre a pu sauter en parachute.

Une fabrique de pneumatiques ravagée par un incendie près de Rome

ROME. — La fabrique de pneumatiques Pirelli, située à Tyrol, près de Rome, a été entièrement détruite par un incendie. Les dégâts s'élevaient à environ 500 millions de lire.

Le président Truman rend hommage à l'U.N.R.R.A.

WASHINGTON. — A l'heure où l'U.N.R.R.A. est appelé à commencer ses travaux, le président Truman a tenu à rendre hommage à l'activité de cette organisation qui a, a-t-il dit, évité à bien des pays la famine et le chaos économique. Le président a en même temps exprimé le regret de voir que certains groupements ou gouvernements aient cherché des avantages politiques aux dépens du rétablissement économique et social de l'Europe.

Ceux qui se sont refusés à coopérer au rétablissement d'après-guerre, a conclu M. Truman, portent d'énormes responsabilités vis-à-vis du monde.

NOUVELLES BREVES

WASHINGTON. — Le chef du syndicat des ouvriers de l'automobile a accusé l'industrie sidérurgique de maintenir délibérément une pénurie de matières premières. Il a prédict que les U.S.A. subiront en 1948 un déficit économique si l'on permettait à l'U.S. Steel Corporation de mettre ses plans en action.

ISTAMBUL. — Une escadre britannique en visite officielle au Turke a jeté l'ancre à l'Hellespont.

BUDAPEST. — La Hongrie a été acceptée comme membre de l'U.N.R.R.A.O.

BYRHOOTH. — Le premier ministre de Syrie s'est prononcé catégoriquement contre le projet de création de la Grande-Syrie.

TOKIO. — M. Kato, premier ministre japonais, a annoncé, au cours d'une conférence de presse, que le Japon se soumettrait aux rapports à la conférence préliminaire de la paix.

LONDRES. — Le gouvernement britannique a l'intention de discuter, lors de la prochaine réunion du cabinet, de la possibilité de réduire de moitié les importations de tubes des Etats-Unis pour économiser des dollars tout en évitant le rationnement.

BOLOGNE. — Une collision d'autocars, près de Bolzano, a fait trois tués et une vingtaine de blessés.